



Newsletter 09/22, 30. September 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die plenare Sommerpause in Berlin ist seit Anfang September vorbei und es ging mit Vollgas in die nächsten Sitzungswochen mit sehr vielen wichtigen Themen und Entscheidungen.

Die Gasumlage der Ampelkoalition entpuppte sich als "Flopp des Jahres": Sie wurde lange diskutiert, hat Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen verunsichert und am Ende wurde doch keine klare Regelung getroffen. Die Gasumlage wird nun zurückgenommen, obwohl sie am morgigen Samstag gesetzlich eingeführt werden soll. Dieses Chaos hat die Regierungskoalition verursacht - nur eines vieler Vorhaben, die weder Hand noch Fuß haben. Die CDU Baden-Württemberg hat daher drei klare Forderungen aufgestellt, die ich weiter unten erläutere.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschäftigt sich ebenfalls intensiv mit diesem Thema und hat mit dem Leitantrag "Bürgern und Unternehmen eine energiepolitische Perspektive geben, Preise unter Kontrolle bringen, Insolvenzwellen verhindern" aufgezeigt, wie mit entschlossenem und zielgerichtetem Handeln die Situation zu meistern ist und wie massenhafte Insolvenzen vermieden werden können. Zusätzlich haben wir einen Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes vorgelegt, um durch Laufzeitverlängerungen das Energieangebot zu stärken.

Für mich stand im September ein ganz besonderes Jubiläum an: Ich bin ein Jahr Mitglied des Deutschen Bundestages! Es war ein Jahr vollgepackt mit neuen Aufgaben und Eindrücken, vielen Sitzungs- und Wahlkreiswochen und sehr vielen Begegnungen mit neuen Kolleginnen und Kollegen, Fachleuten aus dem Gesundheitssektor und Bürgerinnen und Bürger daheim im Wahlkreis!

Hier eine kleine persönliche Bilanz in Zahlen:

- 7 Plenarreden im Deutschen Bundestag
- 16 Einzelanfragen an die Bundesregierung
- 240 Schülerinnen und Schüler zu Besuch im Deutschen Bundestag
- 20 Schreiben an Bundesministerien in Wahlkreis-Angelegenheiten
- 5 DialogWERKSTATT-Termine mit über 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
- 40 Videos in den Sozialen Medien zu Politik aus Bundestag und Wahlkreis
- 282 Infos jeweils auf Instagram und Facebook gepostet
- 1 Kaffeetrinken mit Dr. Angela Merkel ;-)
- 1 Kaffeetrinken mit Prof. Dr. Rita Süßmuth ;-)

Mit herzlichen Grüßen!

Ihre



Neues aus dem Bundestag



Meine 6. und 7. Rede im Bundestag

In den ersten beiden Plenarwochen im September habe ich je eine Rede zu

wichtigen Gesundheitsthemen gehalten.

Der Entwurf des Infektionsschutzgesetzes der Ampelkoalition

Meine erste Rede im September beschäftigte sich mit dem aktuellen Infektionsschutzgesetz (IfSG) der Koalition aus SPD, FDP und Grünen und der daraus folgenden prekären Situation der Rehakliniken. Der Gesetzesentwurf enthält zwar eine Verlängerung des Mindererlösausgleichs und Hygieneszuschläge für Reha- und Vorsorgekliniken, jedoch nur für den Fall, dass die Bundesregierung erneut eine epidemische Lage ausruft, was in der aktuellen Situation nicht wahrscheinlich ist. Die CDU/CSU-Fraktion forderte dahingegen in ihrem Änderungsantrag zum IfSG-Entwurf, dass Ausgleichszahlungen und Zuschläge bis zum 30. April 2023 verlängert werden, ohne dass eine epidemische Lage Voraussetzung ist.

Die Reha-Einrichtungen haben in den vergangenen zwei Jahren sehr gelitten: Die Belegung ist aufgrund der Pandemie stark zurückgegangen und auch aktuell gibt es wegen Corona viele kurzfristige Absagen und vorzeitige Abreisen von Patientinnen und Patienten, ohne dass die Kliniken darauf Einfluss nehmen können. Ohne einen finanziellen Schutzschirm droht vielen Kliniken wirtschaftliche Instabilität und Insolvenz und damit ein Abbau von REHA-Plätzen, den wir uns nicht erlauben können. Denn der Reha-Bedarf nimmt Corona-bedingt bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenso wie bei einer alternden Bevölkerung eher zu! Die zu Beginn des Jahres vereinbarte Erhöhung des Vergütungssatzes von durchschnittlich 2,29% reicht bei weitem nicht aus, um die stark gestiegenen Kosten des Wareneinkaufs und der Ausgaben zu decken. Die Reha-Kliniken sind wie alle Einrichtungen des Gesundheitswesens stark von steigenden Preisen betroffen, da sie beispielsweise Heizungen in den Zimmern und bei der Therapie nicht weiter drosseln können. Zusätzlich haben die Kliniken auch weiterhin Mehraufwand durch Testungen und Masken, der durch den Hygieneszuschlag finanziert werden muss. Darüber hinaus ist der Tagessatz, den eine REHA-Klinik erhält, sehr knapp und deckt nicht nur gesundheitliche Leistungen, Unterkunft und Verpflegung ab, sondern auch Gebäudeunterhalt und Sanierung.

Zu guter Letzt habe ich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach aufgefordert, nach dem Debattenpunkt einen Staffelstab mit dem Aufdruck „REHA braucht dich!“ entgegenzunehmen. Bei einem meiner vielen Gespräche in den letzten Monaten mit Reha-Kliniken in meinem Wahlkreis Lörrach-Müllheim wurde mir dieser Staffelstab übergeben und ich habe das Versprechen gegeben, ihn an Gesundheitsminister Karl Lauterbach zu übergeben: "Damit Sie, Herr Minister, sich ebenfalls für die REHA einsetzen und sich diesen Auftrag zu eigen machen!" Leider hat Minister Lauterbach entgegen seiner anfänglichen Zustimmung den Staffelstab im Anschluss an die Debatte nicht angenommen.



Die lückenhafte Finanzplanung der Regierung für die gesetzlichen Krankenkassen

Die Finanzen der Gesetzlichen Krankenkassen werden im kommenden Jahr ein enormes Defizit aufweisen. Nicht klar ist aber, wie hoch der Fehlbetrag tatsächlich sein wird. Die geschätzten 17 Mrd. Euro werden nicht ausreichen. Auch die Folgejahre sehen nicht besser aus.

Daher ist es in dieser Situation umso wichtiger, strukturelle und vor allem nachhaltige Reformschritte zu gehen. In meiner Rede sagte ich: "Der vorliegende Entwurf des GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKVFinStG) ist ein Destabilisierungsgesetz und gefährdet sowohl das Gesundheitssystem als auch die Versorgung der Versicherten und Patienten in Deutschland. Und nicht nur das: Er gefährdet zudem Deutschland als Standort für Innovation und Investition!"

Eine Möglichkeit, die Kassen schnell und unkompliziert zu entlasten, wäre ein höherer Zuschuss des Bundes an die gesetzlichen Krankenkassen für Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Damit würde die Gesetzliche Krankenversicherung sofort und jedes Jahr mit rund 10 Mrd. Euro entlastet werden. Der Ausgleich aus Steuermitteln steht sogar im Koalitionsvertrag des Bündnisses aus SPD, Grünen und FDP und müsste nur umgesetzt werden.

Die Gesundheitsversorgung von Menschen, die Arbeitslosengeld-II beziehen, wird in der jetzigen Struktur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen, mitgetragen. Und diese werden nun mit einer Beitragserhöhung zusätzlich zu den sonstigen gestiegenen Lebenshaltungskosten zur Kasse gebeten. Zudem werden Beiträge, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren bereits an ihre Krankenkasse geleistet haben, stark abgeschmolzen. Obwohl sie eine wichtige Rücklage für die Krankenkassen und die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds sind. Die Sorge unserer Bürgerinnen und Bürger, dass die abgebauten Reserven der Kassen absehbar zu weiteren Beitragssteigerungen führen werden, ist absolut begründet!

Der Entwurf des GKVFinStG wurde in den Ausschuss überwiesen und wird in den nächsten Wochen eingehend beraten. Die CDU/CSU-Fraktion wird Änderungsanträge einbringen.



Plenarwochen 05. bis 09. September, 19. bis 23. September 2022 und 26. bis 30. September

In der ersten Plenarwoche im September drehte sich alles um dem Bundeshaushalt 2023. Zur Diskussion stand der Haushaltsplan der Ampelkoalition für 2023.

Von den vielen Kritikpunkten, die wir als CDU/CSU-Fraktion im Bundestag haben, treibt uns auch der geplante Förderstopp des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ um, das seit 2011 die sprachliche Bildung von KITA-Kindern fördert! Während die Koalition im Koalitionsvertrag noch vollmundig die Weiterentwicklung der Sprach-Kita-Förderung angekündigt hat, hält die Bundesfamilienministerin nur acht Monate später ihr Wort nicht. Das ist eindeutig an der falschen Stelle gespart. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben daher im Bundestag beantragt, die Sprach-Kitas zu retten und das Förderprogramm weiterzuführen. Am Donnerstag, 8. September 2022, fand darüber hinaus ein digitaler Kita-Gipfel mit Expertinnen und Experten der frühkindlichen Bildung, Fachkräften aus den Kitas sowie Politikerinnen und Politiker von CDU und CSU statt. Über 500 Personen haben am Gipfel teilgenommen und sich eingebracht. Wir alle sind uns einig: Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ darf nicht eingestellt werden, sondern muss erhalten bleiben und verstetigt werden! Die Petition zum Thema, die auch von mir unterstützt wurde, war mit über 212.000 Mitzeichnenden eine der erfolgreichsten der letzten Jahre. Der aktuelle Plan der Koalition, das Programm ein halbes Jahr zwischen zu finanzieren und im Anschluss über das Gute-Kita-Gesetz zu finanzieren, ist eine Mogelpackung, denn die Mittel für das Gute-Kita-Gesetz werden nicht aufgestockt, das Ende des Programms damit absehbar! Bei einem von mir initiierten Netzwerktreffen in

einer Sprachkita vor Ort im Wahlkreis habe ich mit Sprachförderkräften über diese schwierige Situation und den drohenden Arbeitsplatzverlust gesprochen.



Wichtig war auch die Debatte zu den sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit unserem Antrag "Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Schulden abbauen, Infrastruktur stärken, Erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen" legen wir als Unionsfraktion unsere Vorstellungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie dar. Nachhaltiges Wachstum erfordert, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Geschlossene Stoffkreisläufe sorgen für neue wirtschaftliche Potenziale und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Zum einen stehen Transformationsprozesse von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und zur Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie der Erhalt und Ausbau der Versorgungssicherheit auf der Tagesordnung. Zum anderen haben Krisen wie die COVID19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserem Land. Mit unserem Antrag richten wir deshalb die klare Forderung an die Bundesregierung, auf einen Weg zurückzukehren, der nachhaltige Entwicklung möglich macht

Als Unionsfraktion haben wir anlässlich der Nachhaltigkeitswoche regional hergestellte Lebensmittel aus unseren Wahlkreisen gesammelt, die an die Berliner Tafel gespendet werden. Mein Beitrag waren verschiedene regional hergestellte Mehlsorten von der Birnin-Mühle aus Rheinfelden-Degerfelden.



DialogWERKSTATT "Parität - Wie weit (weg) ist Deutschland?" mit Professorin Dr. Rita Süßmuth

Mit Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. sowie Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit a.D., und ca. 40 Bürgerinnen und Bürgern habe ich in meiner digitalen DialogWERKSTATT über den Weg zur paritätischen Teilhabe von Frau und Mann in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft gesprochen.

Seit über 70 Jahren ist die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann im Grundgesetz festgeschrieben. Dennoch steht es um die Gleichstellung von Frau und Mann bis heute in vielen Bereichen nicht gut. Deutschland erreicht in europaweit vergleichenden Statistiken zu Frauen in Führungspositionen nur einen der letzten Plätze. Ganz im Gegensatz zu einigen skandinavischen Ländern, in denen ein hoher Frauenanteil erreicht wird, weil Parität dort eine Selbstverständlichkeit ist. „Die aktuelle Beteiligung von Frauen ist viel zu gering, was auch daran liegt, dass Frau zu lange nicht gewollt war“, erklärte Rita Süßmuth

die historisch gefestigte Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen in Politik und Gesellschaft in Deutschland. Die Lösung dieser Situation sieht sie in der Parität und stellt diese in Gegensatz zur Quote. Parität schaffe die Voraussetzung für Beteiligung: "Ein ‚Rechtsanspruch‘ (der Hälfte) auf die Hälfte", so Prof. Süssmuth. Dies unterscheidet die Parität von der Quote, denn jene kann beliebig sein, bei 20 Prozent oder 40 Prozent liegen, wird dem hälftigen Anteil der Frauen in der Bevölkerung jedoch nicht gerecht.

Rita Süssmuth appellierte an die Frauen in Deutschland, nicht mehr zu geduldig und abwartend zu sein: "Wir dürfen nicht mehr länger warten!". Durchaus kritisch thematisierte sie die Einstellung von Menschen, dass Demokratie "auch ohne uns funktioniert". Gerade im Hinblick auf zwischenzeitlich rückläufige Frauenanteile in Parlamenten sei diese Haltung fatal. Sie riet den Frauen, sich nicht von durch Männer gesetzte Standards beeindrucken zu lassen. "Eine Vielfalt an Möglichkeiten kann nur entstehen und gestaltet werden, wenn Frauen sich einbringen. Denn sonst gestalten Männer allein auf der Basis ihrer Erfahrungen und Vorstellungen. Weibliche Lebenserfahrungen werden nur mit einbezogen, wenn Frauen sich auch tatsächlich einbringen. Beteiligung bedeutet immer, aktiv an Entscheidungen teilzunehmen und diese nicht anderen zu überlassen." Wir waren uns einig, dass Beteiligung und aktives Mitgestalten auf vielen Ebenen möglich ist und Vorbilder eine große Rolle spielen. Für mich selbst war Süssmuth im Jugendalter als couragierte Politikerin ein beeindruckendes Vorbild. Wichtig ist vor allem die Vernetzung und, dass wieder mehr Denken und Handeln im Gemeinschaftssinn notwendig ist. Niemand könne es allein und mehr Frauen-Initiativen zur gegenseitigen Unterstützung seien entscheidend, so Süssmuth.

Die nächste **DialogWERKSTATT** findet am **Mittwoch, 12. Oktober, ab 18:00 Uhr** zum Thema "**Begleiteter Suizid**" via Webex statt. Den Link finden Sie auf meiner Homepage www.diana-stoecker.de.

Neues aus dem Wahlkreis



Die Forderungen der CDU Baden-Württemberg in der Energiekrise

Zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der Energiekrise hat die CDU Baden-Württemberg folgende drei Forderungen aufgestellt:

- Anpassung des Energiekostendämpfungsprogramms, damit mehr Unternehmen unbürokratisch Unterstützung erhalten. Auch Mittelstand und Handwerk wie beispielsweise Bäckereien müssen Unterstützung erhalten. Durch die Rekordhöhen bei den Energiepreisen droht eine De-Industrialisierung Deutschlands. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muss der vom Bundeskanzler zugesagte Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde zügig eingeführt und Regelungen, die Unternehmen stärker be- als entlasten, gestoppt werden.
- Gerade für Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen ist die Energiepauschale von 300 Euro angesichts der stark steigenden Energiepreise zu niedrig. Daher sollten Haushalte im unteren Einkommensdrittel mit einer 1.000-Euro-Energiepauschale unterstützt werden. So kommt Hilfe gezielt bei den Haushalten an, bei denen Strom- und Gaskosten einen besonders hohen Anteil am verfügbaren Einkommen ausmachen.
- Beim extrem hohen Gaspreis sind dringend Entlastungen nötig. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen vor Beginn des Winters Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Daher fordern wir einen Preisdeckel für einen normalen Grundbedarf an Strom und Gas für private Haushalte. Als Gas-Grundbedarf sollen 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs gelten und hierfür ein Preis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden. Dadurch werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen überproportional entlastet. Der Gaspreisdeckel muss dabei mit Maßnahmen zur Energieeinsparung flankiert werden - etwa einem 100-Euro-Handwerkerutschein, um die private Heizung noch in diesem Jahr auf Effizienz hin überprüfen zu lassen.

Die Forderungen können [hier](#) unterstützt werden!



30 Jahre deutsch-französische Brigade

In Müllheim wurde im September das 30-jährige Bestehen der deutsch-französischen Brigade am Standort mit einem würdigen Festakt und Reden von Brigadegeneral Jean Philippe Leroux, Oberst Philippe Leyde und Bürgermeister Martin Löffler auf dem Markgräflerplatz gefeiert, dem sich eine Militärparade zur Robert-Schumann-Kaserne anschloss. Die neue Regionalausstellung der Brigade zeigt wesentliche Meilensteine der Brigade-Geschichte auf. Den Tag der offenen Tür nutzten viele Bürgerinnen und Bürger aus der Region, aber auch die Familien der Soldatinnen und Soldaten, um sich zu informieren.

Ein Dankeschön an Anne-Lise Berg, Ehefrau des verstorbenen ehemaligen Brigadegeneral Berg, für die deutsch-französische Führung auf dem Gelände und die Gespräche mit den deutschen und französischen Soldatinnen und Soldaten.





Auf Streife mit Polizei-Jugendsachbearbeitern

Für diesen ganz besonderen Einblick in die Arbeit der Polizei bin ich sehr dankbar: Ich durfte die Polizei-Jugendsachbearbeiter des Polizeipostens Freiburg-Haslach eine Nacht begleiten. Organisiert von Katrin Kern (PHMin Z), Polizistin in Freiburg und mit mir im Vorstand der FrauenUnion Südbaden, konnte ich das „Nachtleben in Freiburg“ aus einer besonderen Perspektive kennenlernen. Mit ihrem Kollegen Christian Rickhoff (EPHK) und Aaron Weissshahn-Schauer (PKA) waren wir unterwegs auf dem Platz der alten Synagoge, im Bermudadreieck, Augustinerplatz mit der Säule der Toleranz, Rathausplatz und in Haslach.

Zudem konnte ich Gespräche führen mit Polizei-Kolleginnen und Kollegen beim Polizeirevier-Süd und der Funkleitzentrale im Polizeipräsidium Freiburg, insbesondere über die Videoüberwachung in der Innenstadt, einem wichtigen Teil der Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei und der Stadt Freiburg. Jugendsachbearbeiter*innen sind speziell ausgebildete und befähigte Polizeibeamtinnen und -beamte, die sich um Straftaten von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden kümmern. Straftaten gegen minderjährige Opfer werden ebenfalls von ihnen bearbeitet. Darüber hinaus sind sie Ansprechpartner für Eltern, Schulen, Vereine und andere Akteure für Kriminalprävention.

Mein größter Respekt für diese wertvolle Arbeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Besonders beeindruckt hat mich die Erkenntnis, dass „Jugend-Polizistinnen und Polizisten“ immer auch Sozialarbeiter sind und mit Entschlossenheit aber auch viel Sensibilität und im Netzwerk mit vielen weiteren Institutionen vorgehen. In allen

Gesprächen durfte ich Polizistinnen und Polizisten kennenlernen, die ihre herausfordernde Arbeit im Polizei-Alltag mit großem Engagement angehen. DANKE für Eure Arbeit und die wertvollen Einblicke!!



Gesundheitspolitisches Gespräch im St. Josefshaus in Weil am Rhein

Mit Geschäftsführerin Birgit Ackermann, Einrichtungsleitung Philipp Wisniewski und vielen weiteren Teammitgliedern habe ich vor allem 3 Themen im „Karl“, der Geschäftsstelle des St. Josefshaus in Weil am Rhein besprochen, in der alle Fäden der unterschiedlichsten ambulanten Wohnformen und Assistenz für Menschen mit Behinderung zusammenlaufen. Auch ein individuelles Beratungsangebot für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung gibt es dort.

Dringend notwendig sind Korrekturen am Bundesteilhabegesetz, das zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist. In der praktischen Umsetzung der neuen Leistungen zur Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ist das neue Gesetz ein „Bürokratie-Monster, denn es gibt aufgrund der neuen rechtlichen und bürokratischen Vorgaben große Schwierigkeiten. Das kann dem eigentlichen Ziel des neuen Gesetzes zuwiderlaufen: der Verbesserung der individuellen Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen.

Ich werde mich in Berlin mit meinen Kolleginnen und Kollegen gemeinsam dafür einsetzen, dass wir dieses neue „Monster“ zurückschrauben.

Ausführlich diskutiert haben wir auch über die „Corona-Prämie für Pflegende“, die den pflegenden Mitarbeitenden in der Eingliederungshilfe unberechtigt versagt blieb!

Auch über die einrichtungsbezogene Impfpflicht haben wir uns intensiv ausgetauscht. Meine Haltung dazu bleibt unverändert: Wir müssen die einrichtungsbezogene Impfpflicht wieder abschaffen! Die Mitarbeitenden haben mir ein Positionspapier zur

"einrichtungsbezogenen Impfpflicht" mit 200 Unterschriften übergeben. Ich habe damit einen Brief an Gesundheitsminister Karl Lauterbach gesendet, um auf die Situation aufmerksam zu machen!

Solche Termine vor Ort sind nicht nur gute Gesprächsrunden für mich, sondern ein wichtiger Austausch, der zentrale Fragestellungen klären kann:

- Wie wirken sich die in Berlin gemachten Gesetze in der Praxis aus?
- Wie gut oder schlecht läuft die Umsetzung?
- Wo müssen wir korrigierend eingreifen?



Augenblicke



... beim Bundesparteitag nach der erfolgreichen Abstimmung über die Frauenquote ...
sehr schöne Bilder des Maskottchens der Kinderkommission des Bundestages von KITA-
Kindern aus meinem Wahlkreis ...



... beim Besuch der Schriftführerinnen und Schriftführer im Amtshaus der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ... beim Vor-Ort-Termin mit der Kreistagsfraktion auf dem Bürgin-Hof Binzen...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Samstag, 01. Oktober

11:00 Uhr Tag der Tradition auf der Landesgartenschau Neuenburg

Montag, 03. Oktober

11:00 Uhr „Politik am Tisch“ im Rahmen der Oktoberfestwoche des SAK Lörrach e.V.

Dienstag, 04. Oktober

19:30 Uhr Termin der Veranstaltungsreihe der CDU Zell i.W. "Wir kümmern uns: Chancen für Flüchtlinge und Unternehmen, Arbeitskräfte und Integration"

Mittwoch, 05.10.

18:30 Uhr Arbeitskreis Palliativmedizin im Landkreis Lörrach

Donnerstag, 06. Oktober

10:00 Uhr Podiumsdiskussion beim BWKG Fachtag Reha in Stuttgart

14:30 Uhr Gespräch im Rems-Murr-Klinikum in Winnenden gemeinsam mit Christina Stumpp MdB

16:45 Uhr Gespräch im HAUS ELIM, Sozialwerk der Volksmission e.V

Samstag, 08. Oktober

Bezirksparteitag CDU Südbaden

10. - 14. Oktober & 17. - 21. Oktober

Plenarwochen Bundestag Berlin

Montag, 10. Oktober

Besuch des Ausschusses für Gesundheit im Ambulant-Stationären Zentrum Templin

Dienstag, 11. Oktober

10:00 Uhr Arbeitsgruppe Gesundheit

13:30 Uhr Gesundheitspolitisches Gespräch mit Delegation aus Dänemark

15:00 Uhr Fraktionssitzung

Mittwoch, 12. Oktober

09:30 Uhr Sitzung Ausschuss für Gesundheit

18:00 Uhr DialogWERKSTATT, Thema: "Begleiteter Suizid", via Webex, Link auf der Homepage abrufbar

23. - 26. Oktober

2. Wahlkreisfahrt nach Berlin

25. - 26. Oktober

EU-Seminar in Brüssel

Donnerstag, 27. Oktober

14:00 Uhr Beiratssitzung Jobcenter Landkreis Lörrach

18:00 Uhr DialogWERKSTATT, Thema: "Canabis - Legalisierung ja oder nein?", via Webex, Link auf der Homepage abrufbar

Samstag, 29. Oktober

Haushaltsklausur CDU-Kreistagsfraktion

Sonntag, 30. Oktober

09:30 Uhr Besuch von Erzbischof Stephan Burger in Rheinfelden



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de